

Kinderarmut in Deutschland

Vortragsmanuskript zu TOP 4 auf der
Frühjahrs-Vollversammlung des Diözesanrates
der Katholiken im Bistum Hildesheim
am 22. April 2006

Dr. Elke Feustel
(Fellow am Forschungsinstitut für Philosophie
Hannover [FIPH])

Forschungsinstitut für Philosophie
Gerberstraße 26
D-30169 Hannover
Tel.:+4951116409-48
Fax:+4951116409-40
feustel@fiph.de
www.fiph.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1.2 Zur aktuellen Armutssituation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland	5
1.3 Ursachen der Kinderarmut	6
2. Auswirkungen der „Neuen Kinderarmut“	7
2.1 Soziale Exklusion	7
2.2 Kinderarmut und gesundheitliche Ungleichheit.....	8
2.3 Folgen der Kinderarmut hinsichtlich Bildungs- und Lebenschancen	11
3. Konsequenzen für eine sozial gerechte Familienpolitik	15
3.1 Staatliche sozialpolitische Maßnahmen	16
3.1.1 Ausbau der Kinderbetreuung	16
3.1.2 Elterngeld	17
3.1.3 Veränderung des Bildungssektors	17
3.2 Nicht staatliche Handlungsmöglichkeiten.....	17
3.2.1 Rolle der Kirchen	17

Einleitung

Das soziale Problem der Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland bildet aktuell sicher eine der größten Herausforderungen an unseren Sozialstaat, aber gerade auch an die christlichen Kirchen und natürlich auch an uns als Individuen. Brachte man das Thema früher noch in erster Linie gemeinhin mit den Entwicklungsländern in Verbindung, so lässt sich im letzten Jahrzehnt – und insbesondere im Zeitraum der letzten drei Jahre angesichts der erschreckenden Entwicklungen auf diesem Gebiet diesbezüglich ein grundlegender Wandel beobachten. Zumal speziell bei uns in der Bundesrepublik Deutschland das Phänomen der Kinder- und Jugendarmut nach wie vor nicht nur allgegenwärtig ist, sondern sich sogar ein eklatanter Anstieg der Kinder- und Jugendarmutsquote registrieren lässt.

Folgt man den Erfahrungswerten der mit dem Sachthema betrauten Wohlfahrtsorganisationen, die in ihrer Arbeit ja alltäglich mit dem sozialen Problem der Kinderarmut und deren vielfältigen Folgen konfrontiert sind, liegen die Gründe für die kontinuierliche Verschärfung der Situation vorrangig in den zunehmend tieferen Einschnitten in den sozialen Sicherungssystemen. Steht doch das aktuelle sozialstaatliche Leistungsmotto bekanntlich unter dem euphemistischen Prinzip des „Förderns und Forderns“, was bedeutet, dass die unbefriedigende aktive Mitarbeit eines Leistungsempfängers zu spürbaren Leistungskürzungen führt – und insbesondere in den einschneidenden Folgen der zum Januar 2005 vollzogenen Gesetzesreformen zur Zusammenführung der bisherigen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im *Arbeitslosengeld II* (ALG II) und *Sozialgeld* (SG). Mit der Einführung des Arbeitslosengelds II (345 Euro im Westen, 331 Euro im Osten) ist die frühere Arbeitslosenhilfe, die sich ursprünglich prozentual am letzten Nettoverdienst orientierte, faktisch auf Sozialhilfeniveau abgesenkt worden. Zusätzlich bezieht ein großer Teil der früheren Sozialhilfeempfänger, die der Einschätzung nach als arbeitsfähig gelten, jetzt Arbeitslosengeld II. Die restlichen Leistungsempfänger beziehen Sozialgeld in gleicher Höhe. Mit dieser Umwandlung, bzw. Umbenennung wurden gleichzeitig die einmaligen Leistungen für Sozialgeld- und Arbeitslosengeld II-Bezieher gestrichen. Unter solche einmalige Leistungen fallen zum Beispiel die Erstattung der Ausgaben für die Einschulung von Kindern - die Anschaffung eines Schulranzens, einer Schultüte, von Turnbeutel, Turnbekleidung, Schreibheften und Schreibmaterial. Die Ausgaben für derartige Aufwendungen können sich schnell auf 180 Euro addieren, dem steht aber ein Regelsatz für Kinder von lediglich 207 Euro im Monat gegenüber.

Die Kinderarmut in Deutschland hat mittlerweile ein derart hohes Ausmaß erreicht, dass die Realitäten nicht mehr „stillschweigend“ – quasi als negativer Bestandteil unserer sozialen,

marktwirtschaftlichen Gesellschaftswirklichkeit – toleriert und wegdiskutiert werden können. Im sozial-politischen Handlungsbereich wurde eine Vielzahl von Initiativen und Projekten ins Leben gerufen, um auf das Problem der rasant wachsenden und seit Anfang der 80er Jahre sich zudem stetig verjüngenden Armut (in diesem Zusammenhang wird auch gängigerweise vom Phänomen der „Infantilisierung“ der Armut gesprochen) nachhaltig öffentlich hinzuweisen und wirksam zu begegnen.

Eine der wichtigsten Maßnahmen bestand in dem am 27. Januar 2000 im Parteienkonsens der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gefassten Beschluss, fortan periodisch einen deskriptiven und explizierenden *Armuts- und Reichtumsbericht* zur sozialen Lage in Deutschland zu erstellen und damit einen „Grundstein für eine kontinuierliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung“¹ zu legen. Basierend auf dem „Leitgedanken, dass eine detaillierte Analyse der sozialen Lage die notwendige Basis für eine Politik der Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe ist.“²

1.1 Kinderarmutskonzepte

In der empirischen Forschung wie der Politik existiert bis zum heutigen Zeitpunkt keine einheitliche und anerkannte Definition von Armut, weswegen die statistischen Angaben zur Kinderarmut mitunter erheblich variieren. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass für die Messung des sozioökonomischen Phänomens eben nicht auf objektive, sondern lediglich auf normative Maßstäbe zurückgegriffen werden kann. Sowohl das Ausmaß als auch die soziale Struktur der Armutspopulation verändern sich jedoch jeweils in Abhängigkeit von der Basis der Verfahren ihrer Messung und den ihnen zugrunde gelegten Definitionen.

Die Sozialwissenschaftler Schubert und Klein unterscheiden in ihrem *Politiklexikon* vier differente Ausprägungsformen der Armut. Die schärfste Form, da sie die physische Existenz des Menschen mittelbar oder unmittelbar bedroht, bildet die „absolute“ Armut. Zu ihr gehört der eklatante Mangel an materiellen Ressourcen, der zu Hunger, dem ungenügendem Zugang zu Trinkwasser, körperlicher Deprivation, mangelhafter medizinischer Versorgung, inadäquaten Wohnmöglichkeiten und dem Verlust anderer lebenswichtiger Artikel des täglichen Bedarfs führt. Die „absolute“ Armut ist gleichzeitig stets „objektive“ Armut, bei der per definitionem einzelne Personen oder Bevölkerungsgruppen konkret nicht in Lage sind, ihr

¹ Vgl. Herrmann Seewald: Vorbemerkung zum Forschungsprojekt: Umfang, Strukturen und Gründe von Sozialhilfebedürftigkeit. Gutachten zur Vorlage beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. In: Bundesregierung (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2001.

² Vgl. Bundesregierung (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2005, S. 11.

Existenzminimum und damit das physische Überleben aus eigener Kraft zu bestreiten. In Abgrenzung zur „objektiven“ Armut definieren Schubert und Klein ferner den Zustand der „subjektiven“ Armut, in dem das Individuum einen persönlichen Mangel an Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung empfindet. Die letzte Variante stellt schließlich die „relative“ Armut dar, bei der die Unterversorgung mit materiellen und immateriellen Ressourcen von Menschen bestimmter sozialer Schichten im Verhältnis zum Wohlstand beziehungsweise zur Einkommensverteilung der jeweiligen Gesellschaft als Messkriterium angesetzt wird.³

Zahlreiche Länder haben zum Zwecke einer solchen „relativen“ Armutsdefinition auf der Basis des mittleren Einkommens des jeweiligen Nationalstaates eine fiktive Armutsschwelle definiert. Demzufolge gilt nach einer Festlegung der Europäischen Union aus dem Jahr 1984 ein Mensch dann als „arm“, wenn der Haushalt, in dem er lebt, über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommens - auch so genannten Nettoäquivalenzeinkommens - der nationalen Gesamtbevölkerung verfügt.⁴ Damit schließt das relative Armutskonzept generell alle Personen ein, die unterhalb der Sozialhilfeschwelle leben. Die effektiven Festlegungsgrenzen für den relativen Armutsansatz schwanken bisweilen. Sie reichen von 40 % des arithmetischen Mittels als Demarkationslinie für strenge Armut bis hin zu 60 % als Grenze für akute Armutsgefährdung.

Auch wenn keine objektive Definition und keine einheitlichen Messkriterien für Kinderarmut existieren, bleibt dennoch faktisch festzuhalten: Der facettenreiche Begriff der Kinderarmut definiert sich nicht nur durch materielle Entbehrungen, sondern auch durch immaterielle Indikatoren wie z.B. den Mangel an Bildung und Kommunikation, eine schlechtere Teilhabe am Gesundheitssystem oder auch z.B. die eingeschränkte gesellschaftliche und kulturelle Partizipation. „Armut bedeutet das Fehlen von Möglichkeiten und Chancen, die eine Grundvoraussetzung für menschliche Entwicklung sind.“, definiert aus diesem Grund bewusst universal der *Human Development Report 1997*.⁵

1.2 Zur aktuellen Armutssituation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Am 25. August 2005 stellte der Paritätische Wohlfahrtsverband seine Studie zu den Auswirkungen von Hartz IV auf die Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland vor. *Hartz IV heißt zu wenig für zu viele*, lauten Titel und Fazit der Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV). Demnach ist seit der Einführung des *Arbeitslosengelds II* bzw. *Hartz IV* die Zahl der von („relativer“) Kinderarmut betroffenen Minderjährigen unter 15

³ Vgl. Klaus Schubert, Martina Klein: Das Politiklexikon. 3., aktualisierte Aufl. Bonn 2003, S. 25.

⁴ Karin Holm und Uwe Schulz (Hrsg.): Kindheit in Armut weltweit. Opladen 2002, S. 14.

⁵ Zitiert nach: Petra Gaidetzka: Armut: ein Sach- und Lesebuch. Hrsg. Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. Mit einem Grundlagenartikel von Franz Nuscheler. Unkel/ Rhein, Bad Honnef 1998, S. 8.

Jahren auf 1,7 Millionen gestiegen; über 1,5 Millionen Kinder lebten allein auf Sozialhilfeniveau. Auf weitere 200.000 schätzt der Verband die Dunkelziffer derjenigen Kinder, die zwar ein Anrecht auf Sozialleistungen hätten, (deren Erziehungsberechtigte) diese jedoch nicht in Anspruch nehmen. Ende 2004 hatte die Zahl der von der staatlichen Fürsorgeleistung der Sozialhilfe abhängigen Kinder laut offizieller Statistik noch bei 965.000 gelegen.

Insgesamt leben demnach gegenwärtig bundesweit 14,2 Prozent und damit jedes siebte Kind in Armut. In Westdeutschland beträgt die Kinderarmutsquote im Schnitt 12,4 Prozent, in Ostdeutschland liegt sie bei 23,7 Prozent. In vielen Städten Ostdeutschlands wird die 30-Prozent-Marke sogar deutlich überschritten. In Berlin beträgt sie 29,9 Prozent, in Schwerin 34,3 Prozent, in Görlitz 35 Prozent.

Auch in Westdeutschland werden in einigen Städten erschreckend hohe Zahlen registriert. Bremerhaven befindet sich mit 38,4 Prozent an der Spitze (Bremen rangierte auch beim bundesdeutschen Ländervergleich im Rahmen der *PISA-Studie* bei den Leseleistungen etc. immer im Schlussbereich), in Kiel beträgt die Kinderarmutsquote 29,6 Prozent, in Offenbach am Main 28,7 Prozent, in Gelsenkirchen 28,1 und in fast allen anderen Städten des Ruhrgebiets über 20 Prozent. Deutschland rangierte damit im oberen Mittelfeld der europäischen Länder, die den höchsten Anteil an Kinderarmut aufwiesen.⁶

Neben der „offiziell anerkannten“ Kinderarmutsquote ist jedoch zusätzlich von einer hohen Anzahl von Kindern und Jugendlichen in prekären Lebensverhältnissen auszugehen, die im Schwellenbereich nahe an der oder nur knapp oberhalb der relativen Armutsgrenze leben. Diese sind aber besonders gefährdet, da sie gegenwärtig durch das soziale Netz fallen, weil sie über den Bemessungsgrenzen liegen. Ihr Verfügungsrahmen unterscheidet sich zuweilen jedoch nur unwesentlich von dem der „anerkannt“ relativen Armen, die Anspruch auf staatliche Fürsorgeleistungen haben. Rechnet man diese armutsgefährdete Gruppe hinzu, so kommt man auf fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen, die zum jetzigen Zeitpunkt in unserem Land in einer prekären Lebenslage aufwachsen.

1.3 Ursachen der Kinderarmut

Die Hauptursachen und Risiken für Kinderarmut in Deutschland lassen sich im Prinzip auf folgende wesentliche Faktoren eingrenzen: Arbeitslosigkeit eines oder beider Elternteile, das Vordringen der Ein-Euro-Jobs mit der Verdrängung der regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, Alleinerziehung eines Elternteils

⁶ Vgl. Gerda Holz: Kinderarmut verschärft Bildungsmisere, in: Politik und Zeitgeschichte (B 21-22/2003). <http://www.bpb.de/publikationen/5FTSAU.html>

(insbesondere der Mütter), Kinderreichtum beziehungsweise Mehr-Kindfamilien (> 2 Kinder), Migrationshintergrund, fehlende Kinderbetreuungsangebote und der mangelnde Lastenausgleich. Entsprechend steigt das Risiko von Erwachsenen, in Armut zu geraten, signifikant mit der Geburt eines Kindes, zumal der Verdienstaufschlag des das Kind betreuenden Elternteils und die realen Unterhaltskosten für das Kind die staatlichen Transferleistungen wie das Kindergeld und den Kinderfreibetrag überwiegen. Die Caritas stellte in ihren Armuts- und Lebenslagenuntersuchungen fest: „Mit zunehmender Kinderzahl steigt die Armutsquote deutlich: Von 9,7 Prozent in Haushalten mit einem Kind auf 34,5 Prozent in Haushalten mit vier und mehr Kindern.“ Die Entscheidung für Kinder bringt demzufolge für junge Paare in Deutschland gegenwärtig ein Armutsrisiko mit sich. Das bedeutet natürlich auch, dass Kinder von den Armutslebenslagen am meisten betroffen sind.

2. Auswirkungen der „Neuen Kinderarmut“

2.1 Soziale Exklusion

Der gesunkene Lebensstandard infolge der materiellen Deprivationslage wird oft von psychosozialen Verarmungsprozessen begleitet. Aufgrund der mangelnden finanziellen Ressourcen in ihren Elternhäusern können die in Armutslagen lebenden Kinder und Jugendlichen nicht in gleichem Anteil am gesellschaftlichen Leben teilhaben wie die nicht armen Gleichaltrigen.

Gerät eine Familie in Armut, so brechen in der Folge vielfach auch die sozialen Kontakte der Kinder ab. Da außerschulische Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen wie Ballettstunden, Kino- und Theaterbesuche, Mitgliedschaften in Organisationen und Vereinen – ja sogar schulinterne Veranstaltungen wie Klassenfahrten oder Exkursionen z.B. in den Tierpark für die Erziehungsberechtigten mit erhöhten Kosten verbunden sind. Selbst gesellschaftliche Anlässe wie z.B. Einladungen zu Kindergeburtstagen können oftmals von armen Kindern nicht wahrgenommen werden, da keine Mittel für die erforderlichen Geschenke vorhanden sind, zum anderen aufgrund der prekären persönlichen Wohn- und Lebensverhältnisse (eventuell auch aus Scham über die eigene defizitäre Situation) keine Gegeneinladungen erfolgen können.

Die Folge dieser sozialen Regression ist meist, dass die armen Kinder von den anderen Kindergartenkindern oder ihren Mitschülern nicht mehr eingeladen werden (Exklusion). Forschungen ergaben jedoch, dass soziale Netzwerke, welche besonders viele Interaktionspartner aus den Bereichen Familie, Schule/ Kindergarten, Freunde/ Bekannte miteinander in Beziehung setzen und sich auf möglichst viele Lebensbereiche erstrecken, am wirksamsten der sozialen Ausgrenzung armer Kinder und Jugendlicher entgegenwirken zu vermögen. Neben den Eltern haben dabei besonders die Großeltern und die übrigen

Familienmitglieder, aber auch die Lehrer, Erzieher, ferner die Nachbarn sowie der Freundes- und Bekanntenkreis eine wichtige Stellung für die gesellschaftliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen und die potenzielle Verhinderung wie Linderung des Armutrisikos der sozialen Exklusion inne. Gerade auch kirchliche Kontaktpersonen wie Jugendgruppenleiter o.ä. können im Bereich der sozialen Integration eine wichtige Rolle übernehmen.

2.2 Kinderarmut und gesundheitliche Ungleichheit

Kinderarmutslebenslagen können auch massive, indirekte und direkte Konsequenzen für das kindliche Wohlbefinden haben. Die so genannte HBSC-Studie (*Health Behaviour in School-aged Children*), eine 2002 unter der Schirmherrschaft der *Weltgesundheitsorganisation WHO* durchgeführte internationale Vergleichserhebung, weist eindeutig wesentliche, indirekte Auswirkungen der Armutssituationen nach.

Sie dokumentiert, dass der subjektive Gesundheitszustand in Armut lebender Kinder ausnahmslos in allen Bereichen statistisch häufiger als spürbar beeinträchtigt oder sogar als negativ eingeschätzt wird als bei den verglichenen, nicht in Armut lebenden Minderjährigen. Die genannten physischen und psycho-somatischen Beschwerden sind dabei sehr vielfältig und reichen von Kopf-, Bauch- und Rückenschmerzen, Schlafstörungen, Erschöpfungszuständen, Einschränkungen im Sehen und Hören oder Sprachverständnis und – über psycho-motorische, emotionale und soziale Störungen oder psychiatrische Erkrankungen. Auch von altbekannten körperlichen Erkrankungen wie Herzerkrankungen sind arme Kinder häufiger betroffen.

Eine Ursache der subjektiv wahrgenommenen, gesundheitlichen Defizite könnten die ungünstigeren Lebensbedingungen der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen sein. Das Leben in den benachteiligten Wohnvierteln z.B. an viel befahrenen Straßen (die damit einhergehende Belastung durch Lärm, Abgase und Feinstaub), verbunden mit fehlenden Naherholungsmöglichkeiten oder auch in prekären Wohnverhältnissen geprägt durch Schimmelbildung aufgrund von Feuchtigkeit (asthmatische Beschwerden), mangelnder Isolation der Fenster (Erkältungen), fehlende Rückzugs- und Regenerationsmöglichkeiten innerhalb der Wohnung (Beengtheit der Wohnverhältnisse) sowie weniger Möglichkeiten der körperlichen Aktivierung (keine Sportvereinsmitgliedschaft etc.) führt unweigerlich zu einer negativeren gesundheitlichen Ausgangslage. Auch eine minder gesunde Ernährung z.B. durch weniger Obst- und Gemüseverzehr, die Verwendung von weniger Bio-Produkten (Allergien, Lebensmittelunverträglichkeiten) oder eine nachteiliger ausgestattete Wohnung mit nicht milbenfreien Matratzen, ergonomisch ungünstigem Schreibtischstuhl etc. wären hierunter zu subsumieren.

Besonders die Ernährung trägt wesentlich zum gesundheitlichen Wohlbefinden bei. Sie ist jedoch bei Kindern unterer Sozialschichten häufig verbunden mit einer einseitigen, überhöhten Zufuhr von bestimmten Nährstoffen wie Kohlenhydraten und gesättigten Fettsäuren, die bei hohem Konsum negative Wirkungen auf das Herz- und Kreislaufsystem haben können und Diabetes mellitus oder diverse Krebsarten verursachen können, gegenüber einem verminderten Verzehr von „wertvollen“ Nährstoffen wie Vitaminen, Mineralstoffen und Spurenelementen, die Schutzwirkungen vor bestimmten Erkrankungen entfalten können. „Hungernde“ Kinder mit Mangelernährung sind bei uns in Deutschland noch eher die Ausnahme, Fehlernährung bei Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien stellt jedoch nach wie vor ein massives Problem dar. Zudem kommen sie überproportional häufig ohne Frühstück in die Schule, so dass sie an Konzentrationsstörungen und Kopfschmerzen leiden.⁷

Generell sind die schädigenden Faktoren in den unterschiedlichsten Bereichen für arme Kinder nicht nur durchweg höher, sie werden auch erheblich weniger gut kompensiert als bei den „nicht-armen“ Kindern, da oft die Unterstützung durch ein intaktes soziales Umfeld fehlt. Eine andere Erklärung für die Wechselbeziehung von Kinderarmut und Kindesgesundheit könnte darin liegen, dass arme Kinder und Jugendliche nicht in gleichem Maße an unserem Gesundheitssystem partizipieren wie die mit höherem sozialen Status. Leistungen werden von Armen nicht in dem Maße in Anspruch genommen, wie sie ihnen eigentlich ihrem gewährleisteten Gesundheitstarif nach zustünden. Besonders bei den Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen im Kindesalter lassen sich solche Zusammenhänge statistisch gut belegen. Auch eine fehlende gesundheitliche und rechtmedizinische Aufklärung der Erziehungsberechtigten übt sicher einen gewissen Einfluss aus.

Insgesamt betrachtet weist das Gesundheitsverhalten (*Health Behaviour*)⁸ der Gruppe der in Armutslagen befindlichen Kinder und Jugendlichen in weitaus größerem Umfang gesundheitsschädigende Verhaltensweisen auf als das der Kinder mit höherem Sozialstatus.

Lediglich im Bereich der Allergien scheint sich ein niedrigerer Sozialstatus sogar leicht positiv auszuwirken. Vermutlich, da die Immunsysteme der „weniger behüteten“ Kinder sich durch die Konfrontation mit geeigneten Erregern besser ausbilden können.⁹

⁷ Vgl. Angelika Maasberg und Antje Richter: Armut und Ernährung, in: Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Kinderreport Deutschland 2004: Daten, Fakten, Hintergründe. München 2004, S. 75-80.

⁸ Der angloamerikanische Begriff der *Health Behaviour* schließt jegliche Verhaltensweisen ein, die mittelbar oder unmittelbar, beabsichtigt oder unbeabsichtigt für die Gesundheit einer Person relevant sein können. Vgl. Ulrich Becker: Armut und Gesundheit – macht Armut Kinder krank? Vortrag auf dem Remscheider Jugendhilfetag am 28.10.2002, S. 12. www.fb4.fh-frankfurt.de/projekte/hbsc/dokumente/vortrag_remscheid.pdf

⁹ Vgl. Eva Luber: Armut und Gesundheit, in: Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Kinderreport Deutschland 2004: Daten, Fakten, Hintergründe. München 2004, S. 65.

Die Nachteile im Gesundheitsstatus armer Kinder werden durch die Gehaltsdifferenzen und negativeren beruflichen Chancen im mittleren Lebensalter zusätzlich vertieft, da „die einkommensschwache Bevölkerung verstärkt von Krankheiten und Beschwerden betroffen ist.“¹⁰ Sie führten sogar im Fünfjahreszeitraum von 1998 bis 2003 zwischen den Einkommensrandgruppen zu einer bei Frauen um 8 Jahre und bei Männern um ca. 14 Jahre verringerten Lebenserwartung.

Die gesundheitlichen Ungleichheiten, die angesichts der in der Bundesrepublik realisierten gesetzlichen Gewährleistung einer medizinischen Grundversorgung in dieser Form eigentlich nicht existieren dürften, stellen eine Herausforderung an unser Gesundheitssystem dar. Erstens sollten der Staat und die Krankenkassen erheblich stärker den Bereich der Gesundheitsaufklärung für Familien und im primären Bildungssektor ausbauen: „Experten“ könnten in die Kindergärten und Schulklassen entsandt werden und entsprechend methodisch aufbereitet mit den Kindern, Erziehern und Lehrern Übungen zur Entspannung oder Rückenschule durchführen.

Denkbar wären auch offene „Kochschulen“ für Eltern und Kinder zum fakultativen Erlernen gesunder Ernährungsweisen. Zu überlegen wäre ferner, ob sich nicht kostenfreie „Gutscheinmodelle“ für Mitgliedschaften in Sportvereinen etc. entwickeln ließen oder ob in sozialen Brennpunkten für Kinder in benachteiligten Lebenslagen spielerische Bewegungsangebote direkt unter der Schirmherrschaft der Krankenkassen veranstaltet werden könnten. Wünschenswert wäre auch ein integriertes Angebot in den Kindertageseinrichtungen und Schulen, so dass jeden Tag eine Stunde Sport beziehungsweise „Bewegung“ für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet wäre.

Einige Kindertagesstätten und Schulen beginnen den Tag auch heute bereits mit einem gemeinsamen, teilweise noch dazu von den Kindern selbst zubereiteten Frühstück; diese Praxis sollte als ritualisierter Morgenanfang ausgeweitet werden. Neben dem ernährungsphysiologischen Wert spricht auch die Chance auf einen stressfreien, weil von Noten unbelasteten Umgang von Lehrern und Schülern dafür.

Angesichts der eingesparten Folgekosten durch die potenzielle Vermeidung ernährungsbedingter Krankheiten, aber auch durch den Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der Gesundheits- und Bewegungserziehung sollten die Modelle sogar relativ kostenneutral bleiben. Am besten ließen sich die genannten gesundheitsfördernden Maßnahmen selbstverständlich in Ganztageseinrichtungen umsetzen, weswegen eine entsprechende Umgestaltung des

¹⁰ Thomas Lamper und Lars Kroll: Einfluss der Einkommenserwartung auf die Gesundheit und Lebenserwartung. Berlin 2005. S. 15.

Bildungssektors immer dringlicher angeraten zu sein scheint. Dann würden zum einen auch deprivierte Kinder aus nicht armen Haushalten davon profitieren (und nicht nur die – sondern alle Kinder), zum anderen bestünden mehr Chancen der Integration der Kinder aus sozial schwächeren Verhältnissen (Vermeidung der sozialen Exklusion).

2.3 Folgen der Kinderarmut hinsichtlich Bildungs- und Lebenschancen

Neben den gesundheitlichen Auswirkungen eine der problematischsten Armutsfolgen liegt in den verminderten Bildungs- und Teilhabechancen der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen, die den empirischen Befunden diverser Untersuchungen zur Bildungssituation in Deutschland wie der *OECD*-, *PISA*-, *IGLU*-Studie oder dem *Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung* nach im internationalen Vergleich mit anderen OECD-Staaten und europäischen Ländern noch immer um ein Vielfaches zu eng an Herkunftsindikatoren und den sozioökonomischen Status der Familie geknüpft ist: „Armutsfolgen zeigen sich am deutlichsten im Schulerfolg und in der schulischen Leistung.“¹¹, diagnostizierte zutreffend der *Zweite Deutsche Armuts- und Reichtumsbericht*.

Das deutsche Bildungssystem schafft es in seiner jetzigen Gestalt derzeit nur mangelhaft, die Folgen der sozialen Ungleichheit der Kinder und Jugendlichen zu kompensieren. Bereits in der frühen Kindheit weisen deprivierte Kinder aufgrund ihrer komplexen Belastungssituation z.B. statistisch signifikant häufiger Auffälligkeiten im Sprach-, Spiel und Arbeitsverhalten auf. Sie besuchen zahlenmäßig seltener oder erst sehr nahe dem Schuleintrittsdatum Kindertageseinrichtungen (deren Besuch derzeit ja noch kostenpflichtig und zugleich freiwillig ist, von daher eine nachvollziehbare Sparmöglichkeit für die Erziehungsberechtigten darstellt) und erhalten außerhalb des jeweiligen Angebots ihrer Kindertagesstätte kaum zusätzliche Fördermaßnahmen wie Ergotherapie, Logopädie usw. Gleichzeitig unternehmen sie mit ihren Eltern weniger kulturelle Freizeitaktivitäten wie Museums- oder Zoobesuche, haben in ihrem Haushalt einen geringeren Zugang zu bildungszuträglichen Faktoren wie z.B. Büchern oder Lernmitteln.

Dadurch, dass die Eltern in vielen Fällen durch mannigfaltige Anstrengungen versuchen, der Armutslebenslage zu begegnen und das Familieneinkommen zu erweitern (z.B. durch die Aufnahme von Nebentätigkeiten, wiederholte Ämter- und Behördengänge), aber auch aufgrund der psychischen Belastung und eventuell deren möglichen Begleiterscheinungen (Alkohol- und Drogenmissbrauch, exzessiver Fernsehkonsum, fehlende Durchstrukturierung des Alltags etc.) können sie ihre Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsaufgaben nur

¹¹ Bundesregierung (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2005, S. 82.

eingeschränkt leisten. Anderweitig geartete Unterstützung, die hier kompensierend wirken könnte, z.B. durch Nachbarn, private oder öffentliche Institutionen erfahren die Kinder oftmals ebenfalls nur begrenzt oder gar nicht. Die Folgen der vorschulisch aufgebauten Defizite der Kinder mit niedrigem Sozialstatus treten daher bereits sehr deutlich bei der Einschulung zu Tage: Lediglich 69 % der armen Kinder werden regulär zum Stichtag ihres Jahrgangs eingeschult. Das sind 19 % weniger als bei der Gruppe der nicht in Armutslebenslagen befindlichen Kinder, von denen dagegen 88 % regulär die Schule besuchen.

Im Grundschulbereich verstärkt sich das Auseinandergehen der Schere der ungleichen Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten und gut situierten Herkunftsfamilien weiter, wie die Vertiefungsstudie *Armut im frühen Grundschulalter* auf breiter Linie darlegt. Kinder aus sozial schwachen Familien müssen häufiger eine Klasse wiederholen, erzielen schlechtere Noten, erhalten häufiger eine Sonderschulzuweisung.

Die ungleichen Bildungschancen kumulieren schließlich beim Übertritt in die weiterführenden Schulen, wie uns nicht zuletzt die nationale Auswertung der internationalen Schulleitungsstudie *PISA 2003* vor Augen geführt hat. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein 16-jähriger Jugendlicher aus einem Akademikerhaushalt aufs Gymnasium kommt im bundesdeutschen Schnitt viermal höher als die dass es ein Kind – wohlgermerkt mit gleicher Befähigung – aus einem Arbeiterhaushalt schafft (in Brandenburg beträgt die Quote 1 zu 2,3). In Bayern (das sich stets in seiner Rolle als „Klassenprimus“ im bundesdeutschen Ländervergleich rühmt) ist die Zugangsquote zum Gymnasium mit 1 zu 6,6 sogar noch ungerechter verteilt, und das, obwohl ein höherer Bildungs- und Ausbildungsgrad gegenwärtig erwiesenermaßen den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit – und damit vor sozialer Ausgrenzung beziehungsweise vor späterer Armut bildet.

Auf den weiterführenden Schulen tragen Jugendliche aus benachteiligten Familien ein erhöhtes Risiko, niedrige schulische Leistungsergebnisse zu erreichen. Sie beteiligen sich weniger an schulischen und außerschulischen Aktivitäten, verlassen die Schule früher und nur mit einem niedrigeren oder gar ganz ohne Bildungsabschluss als die gleichaltrigen, sozial bessergestellten Kinder.

Besonders die Kinder und Jugendlichen aus Einwanderungsfamilien erzielen in deutschen Schulen signifikant schlechtere Bildungserfolge als ihre gleichaltrigen deutschen Mitschüler. Die Forderung, die Bildungschancen von der Schichtzugehörigkeit und dem sozialen Status der Eltern zu entkoppeln, bestimmt die Bildungspolitik der bisherigen Bundes- und Landesregierungen quer über alle Parteigrenzen hinweg bereits seit dem Frühbestehen der

Bundesrepublik. Stand jedoch in der letzten Dekade in erster Linie die Förderung der leistungsfähigsten Schüler (Stichwort: Hochbegabtenförderung) im Zentrum der Bildungsdebatten (deren Wert als „ökonomische Ressource“ man erkannt hatte), wendete sich seit dem Erscheinen des *Ersten deutschen Armuts- und Reichtumsberichts* 1999 und vor dem politischen Hintergrund der Globalisierung mit ihren sichtbaren arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen und nicht zuletzt seit den jüngsten sozialen Unruhen in Frankreich sowie dem Hilferuf der *Berliner Rütli-Oberschule* das bildungspolitische Interesse stärker dem Zusammenhang von Chancengerechtigkeit und Bildungserfolg – damit auch indirekt dem Thema der Kinderarmut zu.¹²

Die schweren Versäumnisse Deutschlands im internationalen Vergleich bei der Chancengleichheit der unterschiedlichen situierten Schüler auf dem Bildungssektor und in der Förderung von Zuwandererkindern hatten bekanntlich jüngst sogar die in Genf ansässige *UN-Menschenrechtskommission* alarmiert. Sie startete am 13. Februar 2006 unter Federführung des Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Vernor Munoz, eine einwöchige Inspektion durch die hiesigen Kindergärten und Schulen (zuletzt waren derartige Berichte wohlgerne zur Lage in den Entwicklungsländern Botswana, Kolumbien und Indonesien vorgelegt worden.). Ermittelt wurde im Zuge der Visitationen, ob und wie in der Bundesrepublik das Recht auf Bildung für alle Bevölkerungsschichten – insbesondere für die Schüler aus einkommensschwachen Elternhäusern und für solche mit Zuwanderungshintergrund – realisiert wird und welche Interventionsmaßnahmen gegen die fehlende Chancengleichheit nach den Ergebnissen der *PISA-Studie* eingeleitet wurden.¹³

Die Ursachen für das schlechte Abschneiden der Kinder aus Migrantenfamilien sind zu großen Teilen in der Struktur des deutschen Schulwesens zu suchen, dass viel zu stark darauf setzt, dass das Elternhaus die schulischen Lerninhalte durch die Betreuung der Hausaufgaben vertieft und diagnostizierte Leistungsdefizite in privater, eigen finanzierte Initiative durch unterstützende Übungen oder die Inanspruchnahme von Nachhilfeunterricht ausgleicht, die Schüler zudem in den meisten Ländern schon nach der 4. Klasse in die unterschiedlichen Schularten (Haupt-, Realschule, Gymnasium) einteilt (und zwar weniger aufgrund einer tatsächlichen Leistungsdiagnose, als aufgrund ihrer sozialen Herkunft wie *PISA* dokumentiert) und damit bereits im frühen Alter von 10 Jahren Bildungs- und Zukunftswege relativ festlegt.

Eine auf den Daten des *Sozioökonomischen Panels (SOEP)* beruhende Studie des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)* ermittelte, dass 2003 deutlich mehr als ein Drittel (36

¹² Vgl. Jürgen Rindersbacher: Perspektiven lernen – Regionale Bündnisse für Bildung im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung. S. 3. www.ekd.de/swi/bildung_und_armut.pdf

¹³ Vgl. HAZ Nr. 31 (06.02.2006), S. 2.

Prozent) aller Gymnasiasten in den neuen Bundesländern privat Nachhilfeunterricht erhielten. Auch hier zeigt sich wieder eine klare Benachteiligung der Kinder aus den unteren Einkommensschichten, die zu weniger als der Hälfte (15 % gegenüber 36 %) durch das Elternhaus finanzierte Stunden in Anspruch nahmen.¹⁴

Besonders Familien nicht deutscher Herkunft und mit geringerem Sozialstatus können ihre Kinder im schulischen Sektor aufgrund multipler Belastungen oft aber nicht in dem erforderlichen Maße unterstützen (mangelnde Sprachkompetenz, weil Deutsch nicht die Muttersprache ist, belastende Arbeitssituation, geringer Ausbildungsstatus, Geldmangel, Mehr-Kind-Familien mit erweiterter Anforderung an die Eltern etc.). Ferner erkennen Lehrer das Lernerpotenzial bei Migrantenkindern und Kindern aus sozial schwächeren Familien zu schlecht und verteilen die Bildungschancen nahezu willkürlich, so verlautete Wilfried Bos, Forschungsleiter der *IGLU-Studie*. Noch dazu unterscheidet sich das deutsche Schulsystem in seiner heutigen Gestalt teilweise erheblich von den einzelnen Systemen der Herkunftsländer, so dass neben der Kommunikationsbarriere auch der unzureichende Einblick in die Prozesse z.B. beim Übertritt in die weiterführenden Schulen den optimalen Bildungsweg der Schüler mit Migrationshintergrund verhindert.¹⁵ Hinzu kommt, dass ausländische Kinder unter 15 Jahren überproportional häufig von Armutslebenslagen betroffen sind, da sie mit einer *HLU-Quote* (Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Sozialhilfe) von 14 % bis 15 % gegenüber 8 % eine annähernd doppelt so hohe Armutsgefährdung aufweisen.¹⁶

Der negative Einfluss auf die Bildungs-, Berufs und Lebenschancen ist von daher besonders gravierend, da er die Teilhabechancen der Kinder und Jugendlichen ungerecht verteilt und nicht selten zu dem fatalen Teufelskreis von Schulabbruch, auf dem Arbeitsmarkt angesichts der Lehrstellen- und Arbeitsmarktsituation in vielen Regionen nahezu „wertlosem“ Haupt- oder Sonderschulabschluss und in der Folge häufig zu Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit führt und somit die Betroffenen Zeit ihres Lebens in der Armutslage und Abhängigkeit von den staatlichen Fürsorgeleistungen belässt; was auch bedeutet, dass das Armutsrisiko, das durch staatliche Zuwendungen ausgeglichen werden muss, dauerhaft besteht.¹⁷ Zudem hat uns

¹⁴ Vgl. Torsten Schneider: Nachhilfe als Strategie zur Verwirklichung von Bildungszielen. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Disc.-Papier Nr. 447, Berlin 2004.

¹⁵ In der Türkei beispielsweise verläuft der schulische Weg linear, d.h. je nach Dauer des Schulbesuchs erwirbt ein Schüler bei entsprechender Leistung automatisch die Hochschulzugangsberechtigung. Es ist also anders als z.B. in Bayern nicht zu einem bestimmten Stichtag ein Antrag der Erziehungsberechtigten auf Erstellung eines „Übertrittszeugnisses“ erforderlich. Vgl. Daniela Walther: Kultur der Ausgrenzung. Die soziale Herkunft entscheidet über den Schulerfolg. Eine Fehlentwicklung, die sich mit dem Weitervererben von Armut rächt, in: BISS 2, 2006, S. 20.

¹⁶ Vgl. Heinz Gerhard Beisenherz; Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen 2002, S. 32.

¹⁷ Vgl. Wolfgang Thierse: Vorwort, in: Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.): Kinderreport Deutschland 2004: Daten, Fakten, Hintergründe. München 2004, S. 10.

die Berliner Rütli-Schule vor Augen geführt, wie brisant die Perspektivlosigkeit der arbeits- und chancenlosen Jugendlichen auch in Hinblick auf Kriminalität und asoziales Verhalten ist. Gründen diese arbeitslosen jungen Erwachsenen später eine Familie (und das tun sie in der Regel innerhalb ihres sozialen Umfelds), so ist elterliche Arbeitslosigkeit wiederum eines der Hauptrisiken für eine Kinderarmutssituation mit den aufgelisteten Negativfolgen für das Kind. Wobei der verminderte Wohlstand und die enormen psychischen Belastungen der Familie durch die Arbeitslosigkeit eines oder beider Elternteile sowie die schlechtere materielle Unterstützung der Kinder dabei nachteilig den Zugewinn an Zeitressourcen zur lernbegleitenden Unterstützung überlagern. Daneben spielt aber auch die Orientierung am Modell der Eltern, ihren Wertorientierungen, Einstellungen und Qualifikationen sowie den routinierten Familien- und Lebensgewohnheiten eine prägende Rolle für die kindliche Kompetenzentwicklung und Bildungslaufbahn.¹⁸

Kinder und Jugendliche in Deutschland sind angesichts der derzeitigen sozialen Realität de facto nicht „gleichgestellt“ wie vom Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes (Art. 3, Nr. 1) garantiert: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf aufgrund seiner Abstammung benachteiligt werden.“

Sie wachsen vielmehr bereits von Geburt an in Abhängigkeit von der familiären Vermögens- und Einkommenssituation mit äußerst unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Start-, Teilhabe- und Verwirklichungschancen auf, und sie können sich unter den gegebenen Umständen nicht so verwirklichen, wie es mit ihren individuellen Fähigkeiten sowie ihren persönlichen Lebensentwürfen übereinstimmt. Damit geht uns nebenbei auch wertvolles „Humankapital“, das ja im rohstoffarmen Deutschland unsere einzige „Ressource“ bildet und angesichts der demographischen Entwicklungen der geringen Geburtenrate ohnehin ein enormes soziales Zukunftsproblem darstellt, verloren.

3. Konsequenzen für eine sozial gerechte Familienpolitik

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung des Bistums Mainz der *Woche für das Leben 2005* beklagte Mario Junglas, Leiter der Hauptvertretung des Deutschen Caritas-Verbandes in Berlin, den fehlenden politischen Lösungswillen der Parteien, der Kinderarmut in Deutschland zu begegnen: „Wer die Armut bekämpfen will, muss die Ressourcen anders verteilen.“¹⁹ In ähnlicher Weise argumentierte auch Heinz Gerhard Beisenherz,

¹⁸ Vgl. Timo Ehmke, Thilo Siegle, Fanny Hohensee: Soziale Herkunft im Ländervergleich, in: PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche? Münster, New York, München, Berlin 2005, S. 241.

¹⁹ Referat am 13.4.2005. Mainzer Bistumsnachrichten, Nr. 15 (21.4.2005), S. 1.

wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts in München. Er bemängelte in seiner bereits 2002 erschienen Studie *Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft – Das Kainsmal der Globalisierung* die vernehmbare Diskrepanz „zwischen der Häufigkeit und Thematisierung der Kinderarmut in Wissenschaft und Medien einerseits und der konkreten Reaktion im politischen Raum darauf andererseits.“²⁰

In der Tat scheinen die realpolitischen Konsequenzen anscheinend nach wie vor in keinem adäquaten Verhältnis zu den alarmierenden Befunden zur Kinderarmut in Deutschland zu stehen. Allerdings darf die Bekämpfung der Kinderarmut auch nicht ausschließlich auf ein politisches Problem reduziert werden, sondern muss als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Denn nur wenn die Bemühungen der vielen verschiedenen Akteure auf den unterschiedlichsten Ansatzebenen zusammengeführt und gebündelt werden, ist eine effektive Linderung und Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut in Deutschland und ein Abfedern der direkten und indirekten negativen Armutsfolgen auf die Kinder und Jugendlichen überhaupt möglich. Die staatliche Familien- und Sozialpolitik bietet dafür nur einige – wenn auch wesentliche Anknüpfungspunkte.

3.1 Staatliche sozialpolitische Maßnahmen

3.1.1 Ausbau der Kinderbetreuung

Eine immer wieder erhobene Forderung bezieht sich auf den bedarfsgerechten – möglichst kostenlosen – Ausbau der Kinderbetreuung, vor allem für Kleinkinder in der Alterskategorie unter drei Jahren, damit gerade Alleinerziehende die Chance erhalten, durch ihren Beruf ihre Familie zu ernähren. Angesichts des problematischen Arbeitsmarkts wäre auch ein gesellschaftliches Umdenken wichtig, dass eine frühzeitige Kinderbetreuung (nach 8 Wochen im Anschluss an die gesetzliche Mutterschutzfrist) nicht mit dem Stigma der „Rabenmutter“ belegt.

Zudem stellt der Besuch einer Vorschuleinrichtung einen bedeutsamen Vorhersagebeitrag in Bezug auf den Kompetenzerwerb dar - und damit auch auf die Bildungslaufbahn, wie die *PISA 2003-Studie* beweist. Kinder, die weniger als ein Jahr lang eine Vorschuleinrichtung besuchten, erreichten um 35 Kompetenzpunkte geringere Werte als Jugendliche, die über einen längeren Zeitraum eine Vorschulförderung erfahren haben (das bedeutet immerhin fast ein Schuljahr Leistungsdifferenz).²¹

²⁰ Heinz Gerhard Beisenherz: *Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft – Das Kainsmal der Globalisierung*. Opladen 2002, S. 10.

²¹ Vgl. Timo Ehmke, Thilo Siegle, Fanny Hohensee: *Soziale Herkunft im Ländervergleich*, in: PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.): *PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche?* Münster, New York, München, Berlin 2005, S. 250.

3.1.2 Elterngeld

Eine Maßnahme wird das (einkommensabhängige) Elterngeld sein, das die realen Kosten durch den Verdienstaufschlag des das Kind betreuenden Elternteils besser ausgleicht.

3.1.3 Veränderung des Bildungssektors

Da sich bei armen Kindern (bis auf einzelne Ausnahmen wie Fußball spielen oder Skateboard fahren) die meisten sportlichen, musischen oder anders gearteten, kulturellen Aktivitäten auf die Angebote der Schule beschränken,²² sollte das kostenlose Schulangebot in diesem Sektor erheblich erweitert werden, um motorische, emotionale und kognitive Defizite möglichst bereits im Vorfeld effektiv zu verhindern.

Würden diese Zusatzangebote im Klassenverband angeboten, stellte sich auch weniger die Gefahr der Diskriminierung und sozialen Segregation. Dieser ganzheitliche Förderansatz würde auch helfen, die von Bildungsexperten viel beklagten Entwicklungsauffälligkeiten und -rückstände ebenfalls zu wenig geförderter, jedoch nicht in Armut lebender Kinder und Jugendlicher abzubauen und deren schöpferisches, intelligentes Potential besser zu nutzen. Eine Möglichkeit der Abfederung der Folgen der sozialen Ungleichheit in den Elternhäusern liegt dabei sicher in der Ganztagschule – allein schon durch die längere Verweildauer in der Schule und die größere Möglichkeit, gezielte Förder- und Unterstützungsangebote zu bieten. Mit Spannung erwarte ich Frau von der Leyens in Kooperation mit den christlichen Kirchen stehendes, geplantes „Bündnis für Erziehung“, dessen Auswirkungen noch nicht absehbar sind.

3.2 Nicht staatliche Handlungsmöglichkeiten

Der Staat kann zwar mit den genannten sozialpolitischen Reformen eine erste Basis für die erfolgreiche Kinderarmutsintervention und -prävention schaffen, allerdings sind die Ursachenzusammenhänge zu vielschichtig und komplex, als dass er allein eine vollständige Lösung des Problems herbeiführen kann (zudem sind seine Handlungsmöglichkeiten haushaltspolitisch beschränkt). Gefragt im „Bündnis gegen Kinderarmut in Deutschland“ sind von daher auch die christlichen Kirchen, jegliche zivilstaatlichen Organisationen sowie unser privater Einsatz in unserer Funktion als Nachbar, befreundete Familie, Trainer, Erzieher etc.

3.2.1 Rolle der Kirchen

Das soziale Phänomen der Kinderarmut widerspricht zutiefst den Grundsätzen und Soziallehren der christlichen Kirchen. Dies wurde auch beim ersten Kreuzweg unter *Papst Benedikt XVI.* deutlich, darin prangerte der Vatikan scharf Hunger und Elend in der Welt an

²² Vgl. Christoph Butterwegge, Karin Holm, Margherita Zander u.a.: Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich. Opladen 2003, S. 244.

und beklagte den Verfall der Familie. „Herr Jesus, lass den Skandal enden, der die Welt teilt in Villen und Baracken“, hieß es in einem Gebet. „Ein Schritt genügte, und die Armen könnten sich zu Tisch setzen und die Traurigkeit verscheuchen von der Tafel der Egoisten, die für sich allein nicht feiern können.“

Die Kirchen sind auf dem Gebiet der Kinderarmutsbegegnung bereits jetzt schon ihrer christlichen Tradition folgend eine der tragenden Säulen auf dem sozialen Sektor, indem sie z.B. durch zahlreiche diakonische und caritative Einrichtungen vor Ort wie Kindertagesstätten, Schulen, Erziehungs- und Beratungsstellen, Familienbildungsstätten, aber auch durch Unternehmungen wie Wohltätigkeitsbasare, Spendensammlungen etc. diverse unverzichtbare, die staatlichen Leistungen flankierende Hilfen und Angebote bieten. Es gibt zahlreiche mutmachende Beispiele direkter kirchlicher Sozial- und Seelsorgearbeit der Unterstützung von Kindern und Familien in Armutslagen. Ein sehr wirksames Vorbild, da Deprivationsfolgen auf allen Ebenen verhindert werden, bildet die „Arche“ in Berlin, ein offenes Angebot für Kinder sozial benachteiligter Familien, die dort persönliche Zuwendung erfahren, ihre Hausarbeiten erledigen, gemeinsame Mahlzeiten einnehmen, fehlende Kleidung ergänzen oder schulische Hilfs-, Bildungs- und Kulturangebote wahrnehmen können.

Trotzdem sollte das Thema der Bedürftigkeitslagen von Kindern in Deutschland noch stärker seitens der Verantwortlichen in den Kirchen auf den unterschiedlichsten Ebenen in Hinblick auf mögliche Handlungsansätze hin reflektiert werden. Denkbar wäre neben einer intensiveren Nutzung der räumlichen Infrastruktur der örtlichen Kirchengemeinden z.B. für kostenlose Freizeit- oder Bildungsangebote auch eine bessere Einbeziehung ihrer sozialen Ressourcen. Das Feld könnte sich von „Patenschaften“ für arme Familien, über Essenstische bis hin zu Hausaufgaben- und Lernhilfen erstrecken.

Angesichts des überdurchschnittlich guten Abschneidens der Schulen in kirchlicher Trägerschaft im Rahmen der *PISA-Studie* empfiehlt sich eventuell auch eine bewusste Öffnung dieser Einrichtungen für Kinder aus sozial schwache und besonders aus Einwanderungsfamilien.

Da Kinderarmut nicht zwangsläufig für Außenstehende wahrnehmbar ist, zumal die betroffenen Familien versuchen, den Status so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, und eher dazu neigen, sich ins Private zurückzuziehen, statt aktiv Hilfe einzufordern, sollten die Unterstützungsangebote möglichst aktiv auf mögliche Hilfsbedürftige zugehen.